

Nationalismus in Indien

Dietmar Rothermund

Indien ist erst in neuerer Zeit ein territorialer Nationalstaat geworden, der genau definierte Grenzen hat und seine territoriale Souveränität verteidigt. Die Vorstellung von einer begrenzten Territorialität gab es früher in Indien nicht. Der Himalaya im Norden und der Ozean im Süden, Westen und Osten erschienen denen, die dort lebten, als „natürliche“ Grenzen. Die Menschen im Gebirge sahen freilich den Himalaya nie als Grenze, sondern als einen Lebensraum, den sie oft durchquerten. Für die Menschen an den Küsten des Ozeans war auch dieser meist ein Lebensraum, denn sie nahmen seit alter Zeit aktiv am Seehandel teil. Das orthodoxe Vorurteil, dass man das „schwarze Wasser“ (*kala pani*) meiden müsse, entstand erst in einer Zeit als Indien introvertierter wurde und defensiv reagierte.

Das Bewusstsein von „natürlichen“ Grenzen bedeutete nicht, dass man in Indien ein Gefühl für eine nationale Identität im modernen, territorialen Sinne hatte. Der moderne Nationalismus entstand erst spät in einer westlich gebildeten Oberschicht und war dem Volk in seiner Mehrheit unbekannt. Die armen Leute, die von den Briten als Vertragsarbeiter nach Fiji gebracht wurden, um dort in den Zuckerplantagen zu arbeiten, nannten sich nicht „Inder“ sondern *girmityas*. *Girmit* war eine verballhornte Form des englischen Wortes *agreement* und das bezeichnete das Dokument, das zum Dienst in der Fremde verpflichtete. Man leitete also seine Identität von diesem Symbol eines gemeinsamen Schicksals ab. Erst als Abgesandte Mahatma Gandhis nach Fiji kamen, wurden die *girmityas* sich dessen bewusst, dass sie Inder waren.

Der Nationalismus der westlich gebildeten Inder entstand unter dem vielfältigen Eindruck, den die britische Herrschaft auf sie machte. Die Briten traten den Indern als eine wohlorganisierte, moderne Nation gegenüber. Im 18. Jahrhundert war dies noch eine sehr kleine Nation von wenigen Millionen Menschen, die es vermochte, das große Indien zu erobern, in dem damals etwa 150 Millionen Menschen lebten. Erobert wurde Indien von indischen Sol-

daten unter britischem Kommando; ihr Sold wurde von indischen Steuerzahlern aufgebracht, die von einer gestrengen britischen Steuerverwaltung zur Kasse gebeten wurden. Keiner der britischen Kommandeure dachte je daran, ein Kriegsherr (*warlord*) zu werden, der seinen Vorgesetzten den Gehorsam aufgab. Die Solidarität und das korporative Gedächtnis der Briten waren weit wichtiger als die modernen Waffen, die sie hatten, denn die konnten auch jeder indische Fürst erwerben. Der britische Nationalismus war daher keine abstrakte Idee, sondern eine Macht, die den Indern im täglichen Leben vor Augen geführt wurde.

Bildungssystem

Ein weiterer Aspekt des britischen Einflusses auf die Inder war das von ihnen in Indien errichtete Bildungssystem mit seinen Lehrplänen und Prüfungsordnungen. Anfänglich führten die Briten ihre Bildung hauptsächlich deshalb in Indien ein, weil sie einheimische Gehilfen für die Verwaltung und für die vielen Gerichtshöfe brauchten, die sie überall in Indien errichteten. Die Einrichtung der Gerichtshöfe war keine uneigennützte Tat; die Gerichtsgebühren brachten dem britischen Kolonialstaat mehr Einkünfte ein als die Erhaltung der Gerichtshöfe kostete. Zugleich festigte die Rechtsprechung

dieser Gerichte die Hegemonie des kolonialen Rechts.

Die Lehrpläne der britischen Bildungsinstitutionen in Indien orientierten sich an denen der britischen Schulen und Universitäten. Liberale Ideen, die in Großbritannien zirkulierten, wurden so nach Indien transferiert. Junge Inder lernten, ihr Leben unter britischer Herrschaft im Lichte dieser Ideen zu interpretieren. Das war der dritte Aspekt des Einflusses britischer Herrschaft, der von prägender Bedeutung für den indischen Nationalismus wurde. Die Briten boten den indischen Zöglingen ihrer Bildungsinstitutionen auch Karrieren an – vom Verwaltungsangestellten und Lehrer bis zum Rechtsanwalt oder gar Richter. So entstand eine bedeutende indische Bildungsschicht, die zu einer Diskursgemeinschaft wurde, die neue Ideen aufnahm und verbreitete. Die Zirkulation von Ideen wurde auch durch die Druckerpresse gefördert. Zeitungen wurden in Indien zunächst von christlichen Missionaren gedruckt, aber es gab bald auch „einheimische“ Zeitungen (*native newspapers*) in den verschiedenen indischen Sprachen. Diese neue Presse alarmierte die Kolonialherren, zumal sie meist nicht verstanden, was da gedruckt wurde. Besondere Übersetzer wurden angestellt, die *Reports*

on *Native Newspapers* erstellten, die unter den Kolonialherren als vertrauliche Berichte zirkuliert wurden. Der Journalismus in den indischen Sprachen schuf einen neuen Prosastil, der dann auch die neue indische Literatur prägte. Die Diskursgemeinschaft, der zuvor nur die westlich gebildeten Inder angehörten, wurde auf diese Weise erweitert.

Aufkeimender indischer Nationalismus

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts standen die britischen imperialen Ambitionen und der aufkeimende indische Nationalismus zunehmend im Widerspruch zueinander. Die britischen Ambitionen fanden ihren sichtbaren Ausdruck in dem imperialen *Durbar* von 1877, auf dem Königin Viktoria zur Kaiserin von Indien ausgerufen wurde. Das Gepränge des Mogulreichs wurde hier bewusst nachgeahmt, um die Legitimität der britischen Herrschaft über Indien zu demonstrieren. Die letzte Manifestation dieses imperialen Geistes waren die großartigen Gebäude, die ein britischer Architekt für die neue Hauptstadt New Delhi entwarf, die 1920 eingeweiht wurde. Diese Gebäude zieren jetzt Indiens nationale Hauptstadt. Die indischen Nationalisten ließen sich jedoch nicht von diesem imperialen Zauber verwirren. Sie konzentrierten sich auf eine rationale Kritik an den ökonomischen und politischen Manifestationen britischer Herrschaft. Im selben Jahr als der imperiale *Durbar* stattfand hielt ein indischer Richter einen bemerkenswerten Vortrag über Freihandel und Protektionismus, in dem er die britische Freihandelspolitik verurteilte, weil sie eine indische Industrie nicht aufkommen ließ. Einige Zeit später fand der ökonomische Nationalismus einen noch deutlicheren Ausdruck in Dadabhai Naorojis Buch *Poverty and Un-British Rule in India*. Schon der Titel zeigt, dass der Autor von den Briten gelernt hatte, die Auswirkungen britischer Herrschaft mit britischen Maßstäben zu messen.

Der indische Nationalkongress, der seine erste Sitzung 1885 in Mumbai abhielt, wurde zu einem Treffpunkt für Nationalisten aus allen Teilen Indiens. Der Vizekönig Lord Dufferin hieß diesen Kongress zunächst willkommen, weil er indische Meinungen zum Ausdruck brachte, von denen die Briten sonst wenig wussten. Doch als der Kongress eine Resolution verabschiedete, die Dufferins Annexion von Ober-Birma verurteilte, änderte er seine Meinung. Er verhinderte die weiteren Sitzungen des Kongresses zwar nicht, verbot aber Indern im Dienste der Kolonialregierung die Teilnahme an den Kongressen. Das traf vor allem die indischen Richter, die zu den führenden Männern des ersten Kongresses gehörten. Die Delegierten dieser frühen Kongresse waren liberale Konstitutionalisten, für die Indien eine werdende Nation war, die dringend der Stütze durch die von den Briten geschaffenen Institutionen bedurfte. Es gab aber auch eine Gruppe von Nationalrevolutionären, die später als „Extremisten“ bezeichnet wurden. Für sie war Indien schon immer eine Nation gewesen, die nur ihre Fesseln abschütteln müsse, um wieder stark und frei zu werden. In diesem Sinne glorifizierten die Nationalrevolutionäre die Geschichte Indiens im Altertum und propagierten einen Neo-Hinduismus, der eine Tradition der nationalen Solidarität beschwor.

Dieser Neo-Hinduismus erlangte weltweite Aufmerksamkeit als Swami Vivekananda 1893 das Weltparlament der Religionen in Chicago besuchte. Vivekananda war kein „Extremist“, er war ein westlich gebildeter junger Mann, der ein Schüler des Mystikers Sri Ramakrishna geworden war und in seinem Namen die *Ramakrishna Mission* gegründet hatte, einen modernen Mönchsorden, dessen Angehörige einen aufgeklärten Neo-Hinduismus auf der Grundlage der Vedanta-Philosophie predigten. Vivekanandas Erfolg im Ausland förderte seinen Ruhm in Indien. Selbst liberale Nationalisten wie Gopal Krishna Gokhale und So-

zialisten wie Jawaharlal Nehru bekannten später, dass sie von ihm beeinflusst worden waren. Vivekananda gestand ein, dass er einem Traditionalismus folge, um seinem Publikum seine Lehren schmackhaft zu machen.

Es war dies ein selektiver Solidaritätstraditionalismus. Vivekananda verurteilte das Kastensystem, weil es einer nationalen Solidarität diametral entgegenstand. Er betonte den Monismus der Vedanta-Philosophie. Dieser Neo-Hinduismus hatte leider keine Anziehungskraft für die indischen Muslime. Ramakrishna und ihm folgend Vivekananda hatten zwar die Gleichwertigkeit aller Religionen verkündet. Aber für einen frommen Muslim war die Gleichstellung des Islam mit anderen Religionen geradezu eine Gotteslästerung. Er musste daher auch Mahatma Gandhis Praxis ablehnen, der Allah in sein Gebet an die Hindu-Götter einschloss. Die nationale Solidarität auf einer spirituellen Grundlage zu errichten, erwies sich als unmöglich.

„Vater der Nation“

Als Mahatma Gandhi zum „Vater der Nation“ wurde, widmete er sich dieser unmöglichen Aufgabe und scheiterte dabei auf tragische Weise. Er hatte die prägende Zeit seines Lebens als Führer der indischen Minderheit in Südafrika verlebt. Dort war es ihm gelungen, Hindus und Muslime zu gemeinsamen Aktionen gegen die koloniale Herrschaft zu bewegen. Als Gandhi 1915 mitten im Ersten Weltkrieg nach Indien zurückkehrte, hatte dort das drakonische Kriegsnotstandsgesetz alle politische Tätigkeit unterbunden. Erst 1920 sah Gandhi eine Gelegenheit, Hindus und Muslime zu einer gemeinsamen Nichtzusammenarbeitkampagne aufzurufen. Er hatte schon früher konstatiert, dass die Inder den Briten Indien von sich aus übergeben hätten und sie seither durch ihre Zusammenarbeit unterstützt. Wenn sie diese Zusammenarbeit einstellten, wären die Briten gezwungen, Indien zu verlassen. Die indischen Muslime, die den türkischen

Kalifen als ihr Oberhaupt ansahen, waren zutiefst betroffen von den Bedingungen, die die Briten ihm nach dem Krieg auferlegten. Ihre Führer hatten eine Khilafat-Bewegung in Leben gerufen, um dagegen zu protestieren. Gandhis Plan einer Nichtzusammenarbeitskampagne kam ihnen daher sehr gelegen. Gandhi wiederum war froh, dass er so eine Brücke zu den Muslimen schlagen konnte. Er ahnte nicht, dass er damit eine zum Scheitern verurteilte orthodoxe Bewegung unterstützte, der die Türken selbst bald ein Ende bereiteten, als sie den Kalifen 1924 absetzten. Im Jahr 1920 wurde Gandhi jedoch auf einer Welle nationalistischer Begeisterung emporgetragen.

Nicht alle Inder waren von der Idee der Nichtzusammenarbeit so begeistert wie Gandhi. Rabindranath Tagore, der indische Nobelpreisträger, erhob seine Stimme gegen Gandhis Kampagne. Er hatte schon früher vor den Gefahren des modernen Nationalismus gewarnt. Er hatte für den territorialen Nationalismus das indische Wort *rashtratantra* geprägt und gemeint, dass die westlichen Nationen davon besessen seien, Indien aber nicht. Während des Krieges hatte Tagore Vortragsreisen durch Japan und die USA unternommen und dabei die Werte des Universalismus hervorgehoben und den modernen Nationalismus verurteilt. Er hatte dafür heftige Kritik geerntet. Nun wendete er sich auch gegen Gandhi, mit dem er befreundet war. Gandhi nahm Tagores Einwände sehr ernst. Er entgegnete ihm, dass auch er universale Werte schätze, aber zunächst einmal seiner Nation dienen müsse. Ein von den Kolonialherren unterdrücktes Indien könne der Welt keine Botschaft der Hoffnung bringen – wie es Tagore doch wünsche.

Die Nichtzusammenarbeitskampagne brach schließlich zusammen, aber sie hatte wichtige, obwohl unbeabsichtigte Konsequenzen. Jene, die im Laufe der Kampagne ihre Berufe aufgegeben hatten und im Gefängnis gelandet waren, wurden nun zur ersten Generation von

politischen Freiwilligen, die den Kongress stärkten. Gandhi sammelte Spenden und schaffte es, die Freiwilligen damit zu ernähren. Außerdem war es ihm gelungen, die Organisation des Nationalkongresses von Grund auf zu erneuern. Er setzte sich besonders dafür ein, Mitglieder auf dem Lande zu rekrutieren und die indischen Sprachen für die politische Kommunikation zu nutzen. So gelang es ihm, aus dem magischen Zirkel der gebildeten Inder auszubrechen, die bisher den Nationalkongress beherrscht hatten. Mit den *prison graduates* als motivierten Helfern konnte der Kongress nun die ländlichen Gebiete „missionieren“. Das bildete die Grundlage dafür, dass die indischen Bauern in die nächste Runde der Freiheitsbewegung einbezogen werden konnten.

Diese nächste Runde begann mit Gandhis berühmten „Salzmarsch“ von 1930, kurz bevor die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Indien trafen. Im Sommer dieses Jahres stürzte der Weizenpreis um ca. 50 Prozent und im Januar 1931 der Reispreis. Zugleich hielt die Regierung an der überbewerteten Rupie fest, um eine Kapitalflucht zu verhindern, die die internationale Kreditwürdigkeit der Briten erschüttert hätte. Durch diese Währungspolitik wurden die Schulden der Bauern aufgewertet, die durch den Agrarpreisverfall ohnehin stark betroffen waren und ihren Schuldendienst nicht leisten konnten. Die Geldleiher zwangen die Bauern, den Goldschmuck ihrer Frauen zu verkaufen. Eine Flut von „Notgold“ strömte aus Indien heraus und stützte dann das britische Pfund, das sich ab September 1931 im freien Fall befand, nachdem Großbritannien den Goldstandard verlassen hatte. Die Bauern wurden rebellisch und die Kongresspartei wurde zur Bauernpartei, die in einigen Provinzen Pachtverweigerungskampagnen organisierte. Gandhi hatte durch seine Werbung um Kongressmitglieder auf dem Lande bereits in den 1920er Jahren dafür gesorgt, dass der Kongress eine Bauernpartei werden konnte. Diese Entwicklung durchkreuzte die Pläne der

britischen Kolonialherren, die im Rahmen der Verfassungsreform von 1935 das Wahlrecht auf zehn Prozent der Bevölkerung ausgeweitet hatten und dabei insbesondere die reichere Bauernschaft bei der Bemessung der Besitzqualifikationen für das Wahlrecht berücksichtigt hatten. Die Briten waren der Meinung, der Kongress sei eine Organisation städtischer Intellektueller ohne Kontakt zu den ländlichen Massen. Darin täuschten sie sich.

Nation und Territorium

Bei den Wahlen von 1936/37 gewann die Kongresspartei in sieben von neun Provinzen die Mehrheit und konnte Landesregierungen bilden. Das waren die Hindu-Mehrheitsprovinzen. In den Muslim-Mehrheitsprovinzen Pandschab und Bengalen kamen regionale Parteien an die Macht und nicht etwa die von M.A. Jinnah geführte Muslim Liga, deren Einfluss sich auf die Hinduprovinzen beschränkte, in denen die Muslime in der Diaspora lebten.

Die Kongresspartei regierte ihre sieben Provinzen gerade lange genug, um sich als Bauernpartei zu profilieren. Sie kündigte die Regierungsverantwortung bei Beginn des Zweiten Weltkriegs auf, weil die Briten sich weigerten, ihre Kriegsziele in Bezug auf Indien zu verkünden. Von dem Erzimperialisten Churchill war ohnehin nicht zu erwarten, dass er den indischen Nationalisten Zugeständnisse machen werde. Als 1946 wieder Wahlen abgehalten wurden, konnte die Kongresspartei in den sieben Hinduprovinzen wieder an die Macht kommen. Sie entsandete die Grundherren. Das kam besonders den reicheren Bauern zugute, die ihr Land direkt von den Grundherren gepachtet hatten. Darüber hinaus betrieb die Kongresspartei keine Bodenreform, da sie dann die Interessen der reicheren Bauern hätte verletzen müssen, auf die sie sich stützte. In den ersten zwei Jahrzehnten nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 blieb der Kongress eine siegreiche Bauernpartei.

Während des Krieges, als die Führer des Kongresses im Gefängnis verblieben, konnte sich Jinnah als Sprecher einer *Muslim Nation* profilieren. Er stützte sich nun auf die Muslim-Mehrheitsprovinzen Pandschab und Bengalen, deren Führer Jinnah keine Einmischung in die Politik ihrer Provinzen gestatteten, ihn aber als „nationalen“ Führer anerkannten. Er hatte diese Stellung begründet, als er 1940 zur Unterstützung der später so genannten *Pakistan-Resolution* seine „Zwei-Nationen-Theorie“ verkündete, derzufolge Hindus und Muslime Nationen seien, die ihr jeweils eigenes Staatsgebiet haben sollten. Es war dies ein Verrat an der Muslim-Diaspora, deren Führer Jinnah zuvor gewesen war. Er wusste genau, dass es unmöglich sein würde, die Muslim-Diaspora in Pakistan einzubeziehen und hielt sich daher auch lange Zeit bedeckt, wenn es darum ging Pakistan territorial zu definieren.

Die Forderung nach einer Teilung brachte die territoriale Frage überhaupt erst auf. Der von Tagore *rasbhatrantra* genannte territoriale Nationalismus war den indischen Politikern so fremd, dass sie zunächst überhaupt nicht in diesen Kategorien denken konnten. Gandhi demonstrierte das 1944, als er sich zu einer Reihe von Gesprächen mit Jinnah traf. Er gestand ihm Pakistan zu, verlangte aber, dass Indien und Pakistan vor einer Teilung einen Vertrag unterzeichnen sollten, der ihre friedliche Koexistenz sicherte. Jinnah entgegnete ihm, dass nur souveräne Staaten Verträge machen können und daher eine Teilung vorausgehen müsse. Gandhi fand keine Antwort darauf und mied von nun an alle weiteren Gespräche mit Jinnah. Als die Teilung dann vollzogen wurde, der Gandhi unwillig zustimmte, weil er in ihr eine „Vivisektion Indiens“ sah, bewies er noch einmal, dass er nicht in den Kategorien des territorialen Nationalstaats denken konnte. Es wurde ihm mitgeteilt, dass die Teilung auch eine Teilung der britisch-indischen Armee bedeute, und er war davon völlig überrascht. Als er es dann begriff, sagte er voraus, dass die beiden

Armeen wohl gegeneinander kämpfen werden. Diese Voraussage erwies sich schon in kurzer Zeit als treffend.

Pakistan und Indien

Der Kampf der beiden Armeen begann 1948 in Kaschmir, weil sich dieser Fürstenstaat Indien angeschlossen hatte, obwohl die Mehrheit seiner Bevölkerung aus Muslimen bestand, die Pakistan für sich beanspruchte. Während sich Indien mit Pakistan im Kriegszustand befand, sollte gerade die britisch-indische Staatskasse unter den beiden Nachfolgestaaten aufgeteilt werden. Die Kasse befand sich im Besitz Indiens, das nun 550 Millionen Rupien an Pakistan überweisen sollte. Führende Mitglieder der indischen Regierung sahen nicht ein, warum man Pakistan diesen Betrag zur Aufbesserung seiner Kriegskasse zukommen lassen sollte. Gandhi erzwang durch sein letztes großes Fasten die gerechte Aufteilung der Kasse. Nathuram Godse, ein Anhänger des Nationalisten V. D. Savarkar, war der Meinung, dass Gandhi damit Hochverrat beging und erschoss ihn.

Vinayak Damodar Savarkar hatte bereits 1924 sein Manifest *Hindutva* veröffentlicht, das damals noch wenig Beachtung fand. Das Wort *Hindutva* (Hindutum) war eine Neuschöpfung Savarkars. Es war damit nicht die Essenz des Hinduismus als Religion gemeint, sondern eine territoriale Bezeichnung für alle jene, die jenseits des Flusses Indus lebten. Die Fremden im Westen Indiens hatten diesen Namen den Indern gegeben, wie Savarkar erläuterte. Er wollte ihn nun im Sinne eines territorialen Nationalismus verstanden wissen. Streng genommen waren daher auch die Muslime und Christen, die in Indien lebten, „Hindus“. Doch dies schloss Savarkar mit einer zusätzlichen Definition des „Hindutums“ aus: Hindu sei nur der, der Indien als sein *pu-nyabhumi* betrachte. Dieses Wort, das Savarkar wohl ebenfalls neu geprägt hat, ist meist als „heiliges Land“ übersetzt worden. Es bedeutet jedoch genauer das Land, indem man *punya* (spirituelle Meriten) er-

wirbt. Das können Angehörige von Religionen, deren religiöse Zentren außerhalb Indiens liegen, kaum auf sich beziehen. Hiermit ist *Hindutva*, das zunächst als säkular-territoriale Bestimmung daherkommt, doch wieder religiös eingebunden. Unter *punya* kann sich jeder Hindu vorstellen, wozu ihn seine jeweilige Glaubensrichtung verpflichtet.

Es war Savarkars strategisches Geschick, hiermit einen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, der frei von spezifischen religiösen Inhalten ist, aber eine Verbindung zwischen Religion und Territorium herstellt. Er starb 1966 und konnte den Triumph seiner Ideologie nicht mehr erleben. Bis zu seinem Lebensende stand er unter dem Schatten, den die von vielen angenommene Mitschuld am Tod des „Vaters der Nation“ auf ihn warf. Die Partei, die sich zunächst Bharatiya Jana Sangh und später *Bharatiya Janata Party* (BJP) nannte und sich zu *Hindutva* bekannte, hatte erst ab 1989 größere Wahlerfolge zu verzeichnen und konnte 1998 erstmals eine Regierungskoalition anführen. Ihre Attraktion beruht darauf, dass sie den territorialen Nationalismus betont und sich in einem unspezifischen Sinn an alle Hindus wendet. Unter der neuen Mittelklasse findet sie damit ein lebhaftes Echo. Die Brisanz der *Hindutva*-Ideologie liegt jedoch darin, dass sie im politischen Tagesgeschäft oft zur Konfrontation mit den Muslimen führt, die keine Beziehung zum *punyabhumi* haben und gar als fünfte Kolonne Pakistans verteufelt werden können.

Die Tatsache, dass in Indien fast ebenso viele Muslime leben, wie in Pakistan, macht die Koexistenz zweier durch Religionszugehörigkeit begründeter territorialer Nationalismen besonders problematisch. Die beiden antagonistischen Nationalstaaten sind nun auch Atommächte. Tagores Warnung vor *rasbhatrantra* ist daher heute aktueller als je zuvor.

Zum Autor

Dietmar Rothermund ist emeritierter Professor für die Geschichte Südasiens am Südasiensinstitut, Universität Heidelberg.